

Liste der im Vergabeverfahren einzureichenden Unterlagen

52/01/2025

Nachfolgend aufgeführte Unterlagen, Erklärungen und Nachweise sind vom Bieter einzureichen:

Ifd. Nr.	Unterlage / Erklärung / Nachweis	Zeitpunkt der Einreichung		Bemerkung
		mit dem Angebot einzureichen	auf gesondertes Verlangen einzureichen	
1.	Angebotsschreiben (VHB_Angebotsschreiben)	x		aidf.-Datei
2.	Leistungsverzeichnis (aidf.-Datei)	x		aidf.-Datei Dieses sogenannte Leistungsverzeichnis ist aus technischen Gründen auszufüllen und einzureichen, da die Angebotsendsumme von hier automatisch in das Angebotsschreiben (VHB_Angebotsschreiben) übertragen/übernommen wird.
3.	Erklärung Bieter-/ Arbeitsgemeinschaft (Formblatt 234) (falls zutreffend)	x		ausfüllbare pdf.-Datei
4.	Erklärung zur Bewertung des Angebotes gemäß Zuschlagskriterien	x		ausfüllbare pdf.-Datei
5.	Konzept über die vorgesehenen Beratungs- und Betreuungsmaßnahmen und Erfahrungen (gemäß den Zuschlagskriterien siehe Zuschlagskriterien und Gewichtung.pdf) - Zielgruppenorientierung (vielfältige Beratungsmethoden, Kurse, Veranstaltungen) - Flexibilität und Mobilität in der Betreuung und Beratung (mobiles Arbeiten im direkten und indirekten Kundenkontakt) - zusätzliche Leistungsangebote des Bieters - Darlegung der bisherigen Erfahrungen des Bieters in der gesonderten Beratung und Betreuung (gBB)	x		
6.	Erklärung des Vermieters, dass ab 01.01.2026 in genannter Adresse entsprechende Räumlichkeiten angemietet werden können (nur, wenn die Räumlichkeiten für die Beratungsstelle im Falle der Zuschlagserteilung neu angemietet werden müssen)	x		
7.	Nachweis/e bzgl. Träger der freien Wohlfahrtspflege, Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts oder rechtsfähiger und als gemeinnützig eingetragener Verein (falls zutreffend)	x		
8.	Finanzierungsplan mit - Darstellung der Personalkosten und personalbezogenen Sachkosten in Jahresscheiben (2026, 2027) - Erklärung, inwieweit und für welche Zeiträume das angebotene Konzept über sonstige öffentliche Mittel aufgrund freiwilliger Leistung (z.B. EU-Mittel, Personalkostenzuschüsse der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen) oder Eigenmittel finanziert werden soll	x		
9.	Erklärung zur Umsatzsteuer-Befreiung (falls der Bieter für die ausgeschriebene Leistung von der Umsatzsteuer befreit ist)	x		
10.	Bietererklärung nach Nr. 4.2 Abs. 1 RdErl. des MI vom 15.06.2015	x		ausfüllbare pdf.-Datei

11.	Eigenerklärung zur Eignung mit Angaben zu - Technische und Berufliche Leistungsfähigkeit (hier: Qualifikation des Personals) - Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB	x		ausfüllbare pdf.-Datei
12.	Eigenerklärung, dass der Bieter nicht zu den Personen/Unternehmen gehört, die einen Bezug zu Russland aufweisen Verordnung (EU) 2022/576	x		ausfüllbare pdf.-Datei
13.	Eigenerklärung zur Ausführung der Leistung	x		ausfüllbare pdf.-Datei
14.	Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen (Formblatt 235) (falls zutreffend)	x		ausfüllbare pdf.-Datei
15.	Erklärung zu Tariftreue, Mindeststundenentgelt und Entgeltgleichheit gemäß § 11 TVergG LSA		x	ausfüllbare pdf.-Datei
16.	Erklärung zum Nachunternehmereinsatz gemäß § 14 TVergG LSA		x	ausfüllbare pdf.-Datei
17.	bei Eignungsleihe* folgende Erklärungen des Eignungsverleiher:	x		
17.1	unter Nr. 11 genannte Erklärung		x	
17.2	unter Nr. 15 genannte Erklärung		x	
17.3	Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen (Formblatt 236)		x	
	* Hinweis Eignungsleihe: Gemäß § 47 Abs. 1 S. 3 VgV kann der Bieter hier die Kapazitäten anderer Unternehmen im Rahmen der Eignungsleihe (Bezug: Eigenerklärung zur Eignung (Nr. 11) - Erklärung zur Qualifikation des Personals) nur dann in Anspruch nehmen (Eignungsleihe), wenn diese die Leistung erbringen (= Unterauftragnehmer), für die diese Kapazitäten benötigt werden.			
18.	bei Unterauftragnehmern folgende Erklärungen des Unterauftragnehmers:			
18.1	unter Nr. 11 genannte Erklärung # #zwingend Angaben zu Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB, Angaben zu Technische und Berufliche Leistungsfähigkeit (hier: Qualifikation des Personals) in Bezug auf die vom Unterauftragnehmer zu übernehmenden Leistungsteile, soweit sie für die zu übernehmenden Leistungsteile relevant sind		x	
18.2	unter Nr. 15 genannte Erklärung		x	
18.3	Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen (Formblatt 236)		x	
19.	bei Bietergemeinschaften für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft:			
19.1	unter Nr. 7 genannte/r Nachweis/e bzgl. Träger der freien Wohlfahrtspflege, Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts oder rechtsfähiger und als gemeinnützig eingetragener Verein (falls zutreffend)	x		
19.2	unter Nr. 10 genannte Erklärung	x		
19.3	unter Nr. 11 genannte Erklärung	x		
19.4	unter Nr. 12 genannte Erklärung	x		
19.5	unter Nr. 15 genannte Erklärung		x	
19.6	unter Nr. 16 genannte Erklärung		x	

Die Eignung kann neben der Eigenerklärung zur Eignung (Nr. 11) auch durch Teilnahme an **Präqualifizierungssystemen** (§ 122 Abs. 3 GWB i.V.m. § 48 Abs. 8 VgV), die den Anforderungen des Artikels 64 der Richtlinie 2014/24/EU entsprechen, durch Einreichung des entsprechenden **Zertifikates/Bescheinigung über die Eintragung des präqualifizierten Unternehmens**, erbracht werden. Das entsprechende Zertifikat/Bescheinigung ist vom Bieter/Mitglied der Bietergemeinschaft und Eignungsverleiher mit dem Angebot, vom Unterauftragnehmer auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle einzureichen. Geforderte Unterlagen, die in der Präqualifizierung nicht niedergelegt sind oder die geforderten Anforderungen nicht oder nicht hinreichend belegen/erfüllen, sind von dem jeweiligen Unternehmen zusätzlich einzureichen.

Ab einem geschätzten Auftragswert von 30.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) ist der Auftraggeber verpflichtet für den Bieter/jedes Mitglied einer Bietergemeinschaft, auf dessen/deren Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, gemäß § 6 Abs. 1 WRegG eine Abfrage aus dem Wettbewerbsregister beim Bundeskartellamt zu tätigen. Wird eine derartige einschlägige Registerauskunft vom Herkunftsland oder vom Niederlassungsstaat des Bieters/Mitgliedes der Bietergemeinschaft nicht ausgestellt, wird diese durch eine gleichwertige Bescheinigung einer zuständigen Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Herkunftslandes oder des Niederlassungsstaates des Bieters/Mitgliedes der Bietergemeinschaft ersetzt.